

Postgasse 68
3000 Bern 8
Telefon 031 633 75 91
Telefax 031 633 75 97
info.ai@sta.be.ch
www.be.ch

Bern, 22. Mai 2007

(uh) (::odma\pcdocs\docssla\276700\1)

Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern

Schuldenberatung lohnt sich für die öffentliche Hand

aid. Jeder in die Schuldenberatung investierte Franken bringt der öffentlichen Hand einen Nutzen von mindestens zwei Franken. Zu diesem Schluss kommt der Projektbericht „Konzept für die Schuldenberatung im Kanton Bern“, den die Gesundheits- und Fürsorgedirektion in Auftrag gegeben hat. Der Bericht zeigt zudem auf, dass die bestehenden Beratungsstellen die Nachfrage nicht decken können. Daher sollte das Angebot ausgebaut und regionalisiert werden.

Die Zahl der Ratsuchenden für eine Schuldenberatung hat in den letzten Jahren im Kanton Bern massiv zugenommen. Auch werden die Situationen der überschuldeten Personen immer komplexer. Der Verein Schuldensanierung Bern sowie die Sozialdienste und Institutionen der Sozialberatung können deshalb die Nachfrage nach Schuldenberatung bei weitem nicht mehr decken. Hinzu kommt, dass die Anzahl der überschuldeten Haushalte mit realen Sanierungsaussichten abnimmt. Die wichtigsten Gründe dafür sind Arbeitsplatzverlust, Niedriglöhne, Trennung, Scheidung oder Krankheit. Entsprechend gewinnt die Beratung hinsichtlich einer Stabilisierung der Schulden an Bedeutung. Aufgrund dieses sich veränderten Bedarfs hat die Gesundheits- und Fürsorgedirektion eine externe Expertin beauftragt, das bestehende Angebot im Bereich Schuldenberatung und Schuldensanierung zu analysieren und ein Kosten-/Nutzenmodell aus der Sicht der öffentlichen Hand zu erarbeiten. Das Projekt wurde unter anderen von der Finanzdirektion begleitet.

Der Projektbericht bestätigt nach einer Umfrage beim Verein Schuldensanierung Bern, den Sozialdiensten der Gemeinden, Kirchen, Spitälern und weiteren Sozialberatungsstellen: Das von der öffentlichen Hand finanzierte Angebot an Schuldenberatung im Kanton Bern kann den Bedarf nicht decken. Schätzungsweise 3000 überschuldete Menschen haben zurzeit keinen Zugang zu Schuldenberatung, obwohl sie darauf angewiesen wären. Als Massnahme schlägt der Projektbericht eine stärkere finanzielle Unterstützung des Vereins Schuldensanierung durch den Kanton vor, damit mehr Beraterinnen und Berater angestellt werden können. Gemäss Umfrage wird diese Beratungsstelle als sehr gut und professionell beurteilt und gilt im Kanton Bern als die zentrale Fachstelle im Bereich Schuldenberatung. Als eine weitere Massnahme empfiehlt der Projektbericht, das Angebot an Schuldenberatung zu regionalisieren, damit die Betroffenen in allen Regionen des Kantons gleich-wertig profitieren können.

Der Projektbericht zeigt zudem in einer Kosten-/Nutzenrechnung auf, dass die öffentliche Hand von der Beratung überschuldeter Menschen profitiert: Eine vorsichtige Schätzung geht davon aus, dass jeder in die Beratung investierte Franken der öffentlichen Hand einen Nutzen von mindestens zwei Franken bringt. Durch die Schuldenberatung kann vielfach ermöglicht werden, dass die überschuldeten Personen weiter im Arbeitsprozess integriert bleiben. Dadurch können in erheblichem Umfang Steuerausfälle vermieden sowie soziale Leistungen wie Sozialhilfe, Arbeitslosenentschädigung, Ausfälle bei der Krankenversicherung oder Alimentenbevorschussungen eingespart werden.

Der Kanton unterstützt den Verein Schuldensanierung Bern mittels Leistungsvertrag heute mit rund 383'000 Franken jährlich. Aufgrund der Ergebnisse des Projekts plant die Gesundheits- und Fürsorgedirektion einen schrittweisen Ausbau des Angebots an Schuldenberatung im Kanton Bern.

Notiz an die Redaktionen

Auskünfte erteilen:

- *Regula Unteregger, Vorsteherin Sozialamt, Gesundheits- und Fürsorgedirektion, Tel 031 633 78 10 (erreichbar: Dienstag, 22. Mai 2007, von 14.00 bis 15.30 Uhr)*
- *Walter Hayoz, Abteilungsvorsteher Bezug der Steuerverwaltung, Finanzdirektion, Tel 031 633 66 60*
- *Mario Roncoroni, Geschäftsleiter des Vereins Schuldensanierung, Tel 031 371 84 53*

